



# 2008/10 webredaktion

<https://shop.jungle.world/artikel/2008/10/4-17>

## 4 + 17

<none>

Der venezolanische Präsident Hugo Chávez ist nicht der einzige, der eine Eskalation der Krise zwischen Kolumbien und seinen Nachbarstaaten Ecuador und Venezuela befürchtet. Nach dem kolumbianischen Militärschlag auf ecuadorianischem Boden gegen die Guerillagruppe Farc sprach Chávez am Dienstag von einem »südamerikanischen Krieg«, den es zu verhindern gelte. Die Krise hatte sich am Wochenende zugespitzt: Diplomatische Beziehungen wurden abgebrochen, Truppenkontingente in der Grenzregion verstärkt, der Warenhandel wurde zum Teil gestoppt.

Angefangen hatte alles am Mittwoch der vergangenen Woche, als die Farc vier ihrer politischen Geiseln freigelassen hatte. Nach dem unilateralen Austausch der ehemaligen Abgeordneten Luis Eladio Pérez, Gloria Polanco, Jorge Eduardo Géchem und Orlando Beltrán beschloss Kolumbiens Präsident Alvaro Uribe, auf militärische Konfrontation mit den Guerilleros zu setzen. Am frühen Samstagmorgen bombardierten Flugzeuge der kolumbianischen Armee ein Camp der Farc im Norden Ecuadors und töteten mindestens 17 Guerilleros, unter ihnen Luis Edgar Davia Silva alias »Raul Reyes«, nach Manuel Marulanda die Nummer zwei der Farc.

Reyes Leichnam wurde von kolumbianischen Bodentruppen geborgen und nach Bogotá gebracht. Ecuadors Präsident Rafael Correa und Venezuelas Staatschef Hugo Chávez reagierten erbost auf den Vorstoß der Militärs. Der ecuadorianische Verteidigungsminister Wéllington Sandoval erklärte, das Militär des Landes befinde sich in Alarmbereitschaft. Chávez bezeichnete die Regierung Uribe als »die größte Bedrohung für die Region«. Correa zufolge ist durch die Militäroperation ein weiterer, kurz bevorstehender Geiselaustausch zunichte gemacht worden. Die kolumbianische Regierung wirft Venezuela und Ecuador hingegen enge Verbindungen zu den Rebellen vor. Die Militärs wollen bei dem Einsatz Dokumente sichergestellt haben, die eine Zahlung Venezuelas von 300 Millionen Dollar an die Farc belegten. Ebenso soll die Guerilla nach der Inhaftierung von Chávez Anfang der neunziger Jahre ihn mit 150 000 Dollar unterstützt haben. Frankreichs Regierung reagierte bestürzt, da sie die Verhandlungen mit der Farc über weitere Freilassungen gefährdet sieht. lb